



HESSISCHER LANDTAG

28. 11. 2024

DDA

Dringlicher Berichts Antrag

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes: wie digital ist die Verwaltung in Hessen?

Die Digitalisierung der Verwaltung ist eine der politischen Schlüsselaufgaben. Trotz grassierendem Fachkräftemangel und demographischem Wandel in der öffentlichen Verwaltung erwarten die Menschen zurecht, dass das Land und die Kommunen ihren staatlichen Aufgaben und Dienstleistungen vollumfänglich erfüllen — sei es bei der digitalen Beantragung von Fördermitteln oder Reisepässen und der elektronischen Bearbeitung von Steuererklärungen oder Ummeldungen. Hier wird sich entscheiden, ob durch den Einsatz von Automatisierung, Digitalisierung und KI die Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltungen modernisiert und aufrechterhalten werden können.

Im neu geschaffenen Hessischen Ministerium für Digitales und Innovation wurde der Bereich Verwaltungsdigitalisierung aus dem Bereich des Innenministeriums umressortiert. Verbunden mit dieser Entscheidung war die Hoffnung, dass es aufgrund der thematischen Nähe einen spürbaren Schub im Bereich Verwaltungsdigitalisierung in Hessen gibt. Im Zuge der Vorstellung des Haushalts 2025 am 26. November 2024 durch den Finanzminister wurde allerdings bekannt, dass im Haushalt 2025 auch bei der Verwaltungsdigitalisierung gekürzt wird.

Die Landesregierung wird ersucht, im Ausschuss für Digitales und Datenschutz (DDA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Wie weit ist die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) in Hessen fortgeschritten?
2. Welche Verwaltungsleistungen sind bereits online verfügbar?
3. Welche Verwaltungsleistungen befinden sich aktuell noch in der Umsetzungsphase und wie ist der Zeitplan für deren Fertigstellung?
4. In welchem Reifegrad befinden sich die bereits digitalisierten Verwaltungsleistungen nach dem OZG und wie wird deren Wirksamkeit und Nutzerfreundlichkeit bewertet?
5. Gibt es aktuelle Pilotprojekte oder geplante neue Initiativen zur Beschleunigung der Digitalisierung im Rahmen des OZG in Hessen und wenn ja: Welche?
6. Wie viele finanzielle Mittel stehen im Landeshaushalt für die Verwaltungsdigitalisierung im Haushaltsjahr 2024 bzw. im Haushaltsjahr 2025 jeweils zur Verfügung?
7. Wie viele finanzielle Mittel stehen im Landeshaushalt für die Umsetzung des OZG im Haushaltsjahr 2024 bzw. im Haushaltsjahr 2025 jeweils zur Verfügung?
8. Wird es im Bereich der Verwaltungsdigitalisierung Kürzungen im Haushalt 2025 geben?
9. Wenn Frage 8 bejaht wird: Wie viele Mittel werden im Haushalt 2025 bei der Verwaltungsdigitalisierung gekürzt?
10. Ist auch der Bereich OZG von den Kürzungen betroffen?
11. Falls ja: Warum und in welcher Höhe?
12. Wie viel Prozent der Verwaltungsdienstleistungen liegen beim Land und wie viele bei den Kommunen?

13. Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um sicherzustellen, dass alle Kommunen in Hessen ihre Verwaltungsleistungen digital anbieten können, insbesondere kleinere Kommunen mit begrenzten Ressourcen?
14. Wie wird die Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen bei der Umsetzung des OZG organisiert und koordiniert?
15. Wie stellt das Land sicher, dass nicht der gleiche Vorgang in jeder Kommune einzeln digitalisiert wird?
16. Wie stellt das Land sicher, dass die einzelnen Verwaltungsdigitalisierungsanwendungen in den Kommunen miteinander kompatibel sind?
17. Welche finanziellen Mittel wurden bisher von der Landesregierung zur Verfügung gestellt, um die Verwaltungsdigitalisierung und die Umsetzung des OZG in den Kommunen zu unterstützen?
18. Wird es auch Kürzungen bei den Mitteln für Kommunen im Haushalt 2025 geben?
19. Falls ja: Warum und in welcher Höhe?
20. Welche Herausforderungen oder Hindernisse haben sich in Bezug auf Datenschutz und IT-Sicherheit bei der Umsetzung des OZG ergeben und wie wurden diese adressiert?
21. Wie werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den hessischen Behörden auf die Nutzung und Betreuung der digitalen Verwaltungsplattformen vorbereitet und geschult?
22. Sind alle Behördenstandorte auf Landesebene und Ämter in den Kommunen mit schnellem Internet versorgt?
23. Welche neuen Technologien oder Ansätze wurden im Rahmen der digitalen Verwaltung eingeführt, z. B. KI oder Blockchain?
24. Welche Pläne gibt es in Hessen, um den Zugang zu digitalen Verwaltungsleistungen für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen weiter zu vereinfachen?
25. Können Genehmigungsanträge nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz für die Errichtung von Windkraftanlagen inzwischen vollständig digital eingereicht werden?

Wiesbaden, 28. November 2024

Die Parlamentarische Geschäftsführerin:
Miriam Dahlke